

Stand: 06.06.2026 04:20:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9147

"Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung eines möglichen Fehlverhaltens von Mitgliedern der Staatsregierung und des Landtags im Zusammenhang mit dem von der Weimer Media Group ausgerichteten Ludwig-Erhard-Gipfel, insbesondere bezüglich der Teilnahme an durch die Weimer Media Group verkauften Treffen mit Spitzenpolitikern, eines möglichen Fehlverhaltens der Weimer Media Group im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel, sowie eines möglichen Fehlverhaltens von bayerischen Behörden und bayerischen Staatsunternehmen, insbesondere der finanziellen Förderung des Ludwig-Erhard-Gipfels und einer möglichen intransparenten Einflussnahme durch die von der Weimer Media Group verkauften Treffen auf Gesetzgebungsverfahren und Verwaltungsführung in Bayern sowie auf das Verhalten des Freistaates bei Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9147 vom 01.12.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/10678 des VF vom 29.01.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 19.03.2026
4. Beschluss des Plenums 19/11790 vom 28.04.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 28.04.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Dieter Arnold, Oskar Atzinger, Jörg Baumann, Franz Bergmüller, Rene Dierkes, Christin Gmelch, Daniel Halemba, Martin Huber, Andreas Jurca, Florian Köhler, Oskar Lipp, Stefan Löw, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Johann Müller, Benjamin Nolte, Elena Roon, Franz Schmid, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Ramona Storm, Markus Striedl, Matthias Vogler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung eines möglichen Fehlverhaltens von Mitgliedern der Staatsregierung und des Landtags im Zusammenhang mit dem von der Weimer Media Group ausgerichteten Ludwig-Erhard-Gipfel, insbesondere bezüglich der Teilnahme an durch die Weimer Media Group verkauften Treffen mit Spitzenpolitikern, eines möglichen Fehlverhaltens der Weimer Media Group im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel, sowie eines möglichen Fehlverhaltens von bayerischen Behörden und bayerischen Staatsunternehmen, insbesondere der finanziellen Förderung des Ludwig-Erhard-Gipfels und einer möglichen intransparenten Einflussnahme durch die von der Weimer Media Group verkauften Treffen auf Gesetzgebungsverfahren und Verwaltungsführung in Bayern sowie auf das Verhalten des Freistaates bei Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag setzt gem. Art. 25 der Verfassung des Freistaates Bayern einen Untersuchungsausschuss ein.

Dem Ausschuss gehören sieben Mitglieder (CSU-Fraktion: drei Mitglieder, Fraktion FREIE WÄHLER: ein Mitglied, AfD-Fraktion: ein Mitglied, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ein Mitglied, SPD-Fraktion: ein Mitglied) an.

Die Weimer Media Group mit Sitz in Bayern veranstaltet seit 2014 am Tegernsee den Ludwig-Erhard-Gipfel, der bundesweite Aufmerksamkeit erfährt und an dem regelmäßig auch Spitzenpolitiker, darunter Mitglieder der Staatsregierung und des Landtags, teilnehmen. Der Gipfel gilt als das wichtigste politisch-ökonomische Vernetzungstreffen in Deutschland. Ministerpräsident Dr. Markus Söder äußerte sogar die Hoffnung, dass diese Veranstaltung zu einem „bayerischen Davos“ werden könne.

Der Gründer und langjährige geschäftsführende Gesellschafter, Dr. Wolfram Weimer, ist seit dem 6. Mai 2025 der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Aufgrund massiver Vorwürfe – insbesondere der Vermischung von Amts- und Geschäftsinteressen – hat Kulturstatsminister Dr. Wolfram Weimer im November 2025 öffentlich erklärt, seine Gesellschafteranteile an einen Treuhänder zu übertragen. Durch Berichte des Magazins „Apollo News“ wurde darüber hinaus bekannt, dass die Weimer Media Group Unternehmen und Verbänden Teilnahmepakete für bis zu 80.000 Euro anbot, die exklusiven Zugang zu Spitzenpolitikern versprochen. In Werbebroschüren wurde ausdrücklich mit der Möglichkeit geworben, im ungezwungenen Rahmen einer „Executive Night“ „Einfluss auf politische Entscheidungsträger“ nehmen zu können.

Diese Darstellungen wurden bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Weimer Media Group nicht bestritten. Es steht somit der begründete Verdacht im Raum, dass gegen

Geldzahlungen eine massive Einflussnahme auf exekutive und legislative Vorgänge in Bayern und Deutschland geplant war oder bereits stattgefunden hat.

Überdies besteht Grund zu der Annahme, dass auch die Förderung des Gipfels durch den Freistaat und verschiedene Unternehmen nicht allen gesetzlichen Vorgaben entsprochen haben könnte. Allein im Jahr 2025 belief sich die Bezuschussung dieser Veranstaltung – nach offiziellen Angaben – auf mindestens 165.000 Euro; zwischen 2022 und 2025 summierten sich die Finanzierungsleistungen des Freistaates auf mehrere hunderttausend Euro aus diversen Haushaltsetats. Auch in den Jahren zuvor sollen vergleichbare staatliche Fördermittel im Rahmen von Kooperations- und Projektförderverträgen kontinuierlich ausgezahlt worden sein.

Verbindungen zur Staatsregierung:

Die Staatsregierung und insbesondere Ministerpräsident Dr. Markus Söder sind dem Gipfel seit vielen Jahren eng verbunden, etwa durch die Übernahme der Schirmherrschaft durch den Ministerpräsidenten und dessen wiederholte Teilnahme als Redner. In Medien der Weimer Media Group findet sich seit Jahren eine auffallend positive Berichterstattung über bayerische Regierungsmitglieder.

Neben dem Ministerpräsidenten haben weitere bekannte politische Persönlichkeiten an dem Gipfel teilgenommen: Ilse Aigner, die Präsidentin des Bayerischen Landtags, war in diesem Jahr als prominenter Gast vertreten. Sie hielt eine Grundsatzrede und beteiligte sich an Diskussionen zu wirtschaftspolitischen Themen. Auch der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger nahm 2024 und 2025 teil und sprach über ökonomische Innovation und regionale Entwicklung.

In jüngster Zeit konzentrierte sich die öffentliche Kritik insbesondere darauf, dass Unternehmen, die kostspielige Sponsorenpakete erwarben, möglicherweise auch exklusive „Netzwerk-Termine“ mit bayerischen Spitzenpolitikern wahrgenommen und auf diese Weise Einfluss ausgeübt haben könnten.

Dies wirft grundlegende Fragen zur Wahrung der Distanz zwischen Regierungsamt und privatwirtschaftlichen Interessen auf und tangiert das öffentliche Ansehen staatlicher Institutionen.

Die Staatsregierung kündigte im November 2025 an, sämtliche Zahlungen und Förderpartnerschaften mit der Weimer Media Group nach Compliance-Gesichtspunkten zu überprüfen. Zudem steht eine Rückforderung einzelner Beträge ebenso zur Debatte wie ein möglicher Ausschluss der Weimer Media Group von zukünftigen Förderungen.

Offene Fragen und Untersuchungsbedarf:

Einfluss auf Regierungshandeln und Gesetzgebung:

Neben der Klärung finanzieller und wirtschaftlicher Verflechtungen ist zu untersuchen, ob und wenn ja, inwiefern durch das Geschäftsmodell der Weimer Media Group – insbesondere die systematische Ermöglichung und Bewerbung politischer Zugangs- und Einflussleistungen gegen Entgelt – das konkrete Regierungshandeln oder Gesetzgebungsprozesse im Freistaat beeinflusst wurden.

Formulierungen, die den Ludwig-Erhard-Gipfel ausdrücklich als „Plattform für Einfluss auf politische Entscheidungsträger“ bewerben, betreffen grundsätzlich die Frage nach der Integrität und Objektivität bayerischer Regierungs- und Landtagsentscheidungen, etwa im Bereich der Wirtschafts-, Förder-, Medien- oder Standortpolitik. Es besteht der Verdacht, dass „zahlende Wirtschaftspartner“ bevorzugten Zugang zu politischer Willensbildung und Gesetzesentwürfen erhielten, der anderen Akteuren systematisch vorenthalten blieb.

Notwendigkeit der parlamentarischen Untersuchung:

Angesichts der Tragweite der Vorwürfe, ihrer politischen und ökonomischen Bedeutung, sowie der Tatsache, dass die Weimer Media Group als Privatunternehmen über öffentliche Fördergelder verfügte und mit bayerischen Regierungsmitgliedern kooperierte, ist die Einsetzung eines unabhängigen parlamentarischen Untersuchungsausschusses geboten. Eine interne Prüfung durch die von den Vorwürfen selbst betroffene Staatsregierung ist nicht ausreichend.

Der Untersuchungsausschuss soll unter anderem sämtliche Verträge zwischen dem Freistaat und der Weimer Media Group seit 2014, alle Netzwerkkonzepte, die Kommunikation zwischen Staatsregierung, Landtag und Unternehmen, Sponsoring- und Teilnahmebedingungen des Ludwig-Erhard-Gipfels, relevante Vergabevermerke sowie die Auswirkungen auf Regierungshandeln und Gesetzgebung prüfen. Er hat insbesondere festzustellen, ob das Haushaltsrecht, Transparenzregelungen, strafrechtliche oder verfassungsrechtliche Vorgaben verletzt wurden.

Untersuchungsziele und -umfang:

Der Untersuchungsausschuss hat

- bestehende Verträge des Freistaates, seiner Unternehmen und des Landtags mit der Weimer Media Group sowie sämtliche Zahlungen an diese, insbesondere im Zusammenhang mit der Durchführung des Ludwig-Erhard-Gipfels, seit 2014 zu erfassen und zu bewerten,
- die persönliche, rechtliche und institutionelle Einbindung von Mitgliedern der Staatsregierung und des Landtags als Teilnehmer, Förderer und Partner zu untersuchen,
- systematisch die Vorgänge zu prüfen, bei denen natürliche oder juristische Personen gegen Geldzahlungen bevorzugten Zugang zu Entscheidungsträgern der Staatsregierung oder des Landtags erhalten konnten,
- mögliche Auswirkungen solcher Vorgänge auf die Unabhängigkeit und Objektivität der Verwaltung sowie der Gesetzgebung des Freistaates festzustellen,
- Empfehlungen für zukünftige Transparenzregelungen, den Ausschluss von Interessenkonflikten sowie mögliche Gesetzesinitiativen zu formulieren.

Der Untersuchungsausschuss hat die Aufgabe, Folgendes zu untersuchen:

1. Teilnahme der Staatsregierung am Ludwig-Erhard-Gipfel

- 1.1 Welche Mitglieder der Staatsregierung nahmen am Ludwig-Erhard-Gipfel in den Jahren 2014 bis 2025 teil?
- 1.2 Welche Führungspersonen aus bayerischen Staatsministerien nahmen am Ludwig-Erhard-Gipfel in den Jahren 2014 bis 2025 teil?
- 1.3 Welche Treffen, insbesondere Kleingruppentreffen oder Einzeltreffen, fanden zwischen den Mitgliedern der Staatsregierung oder Führungspersonen aus bayerischen Staatsministerien und anderen Gästen der Veranstaltung, insbesondere bei der „Executive Night“, in den Jahren 2014 bis 2025 statt?
- 1.4 Welche dieser Treffen wurden kostenpflichtig durch die Weimer Media Group angebahnt?
- 1.5 Fand eine (Mit-)Finanzierung dieser Treffen durch Dritte statt?
- 1.6 Wenn ja: Durch welche Dritte wurde diese Finanzierung geleistet?
- 1.7 Wenn ja: In welcher Höhe fand diese Finanzierung statt?
- 1.8 Wussten die Mitglieder der Staatsregierung, dass für diese Treffen Entgelte an die Weimer Media Group gezahlt wurden?
- 1.9 Welche Inhalte wurden bei diesen kostenpflichtigen Treffen besprochen?
- 1.10 Fanden Vorschläge oder Anregungen der Gesprächspartner der Staatsregierung Eingang in die Verwaltungsführung des Freistaates oder in Gesetzesentwürfe der Staatsregierung, oder beeinflussten sie das Abstimmungsverhalten der Staatsregierung im Bundesrat?
- 1.11 Entwickelten sich aus diesen Treffen dauerhafte Kontakte?
- 1.12 Erhielten Mitglieder der Staatsregierung oder Führungspersonen aus bayerischen Staatsministerien Honorare, z. B. Rednerhonorare, für die Teilnahme oder andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel?
- 1.13 Übernahm die Weimer Media Group im Rahmen des Ludwig-Erhard-Gipfels oder bei der Vor- und Nachbereitung Kosten für Ausflüge, Essen, Fahrten,

- Flüge und Übernachtungen von Mitgliedern der Staatsregierung oder Führungspersonen aus bayerischen Staatsministerien?
- 1.14 Wie gestaltete sich die Vergabe der bekannten Förderungen und Aufträge an die Weimer Media Group im Rahmen der Kooperation (2024 für 15.000 Euro und für 2025 für 30.000 Euro)?
 - 1.15 Welchen Inhalt hatten die Vereinbarungen?
 - 1.16 Kann eine Beeinflussung der Vereinbarungen durch die Teilnahme von Mitgliedern der Staatsregierung am Ludwig-Erhard-Gipfel ausgeschlossen werden?
 - 1.17 Wurden darüber hinaus zwischen der Weimer Media Group und der Staatsregierung Dienstleistungsverträge oder andere Geschäftsbeziehungen in den Jahren 2014 bis 2025, also seit der Initiierung des Ludwig-Erhard-Gipfels, geschlossen?
 - 1.18 Wenn ja, welche Inhalte und insbesondere Entgelte wurden für diese Verträge jeweils vereinbart?
 - 1.19 Wurden Teilnehmer des Ludwig-Erhard-Gipfels von Seiten der Staatsregierung an der Entscheidung über das Zustandekommen der Verträge beteiligt?
 - 1.20 Erhielten Mitglieder der Staatsregierung in den Jahren 2014 bis 2025 sonstige Zahlungen von der Weimer Media Group? Hierbei ist insbesondere zu klären, ob diese Zahlungen in einem Zusammenhang mit einer Teilnahme am Ludwig-Erhard-Gipfel stehen könnten.
 - 1.21 Welche Inserate, Förderungen, Werbebuchungen, Paket-Lösungen, bezahlte und unbezahlte „Politikertreffen“ und weitere finanzielle Transaktionen fanden zwischen der Staatsregierung und der Weimer Media Group außerhalb des Ludwig-Erhard-Gipfels seit 2014 statt?
 - 1.22 Auf wessen Anregung und in wessen Verantwortungsbereich wurde der Staatsempfang anlässlich des von der Weimer Media Group veranstalteten Ludwig-Erhard-Gipfels organisiert?
 - 1.23 Welche konkreten Kosten fielen für den Staatsempfang an und welche Dienstleister wurden in diesem Zusammenhang beauftragt?
 - 1.24 Welche Gäste wurden zu dem Staatsempfang geladen? Kann ein Zusammenhang mit dem Erwerb von Gesprächsterminen im Rahmen des Ludwig-Erhard-Gipfels ausgeschlossen werden?
 - 1.25 Welchen Einfluss hatte die Weimer Media Group auf die Ladung der Gäste des Staatsempfangs?
 - 1.26 War der Staatsregierung in den Jahren 2024 und 2025 bekannt, dass Kulturstatsminister Dr. Wolfram Weimer an der Weimer Media Group beteiligt war?
 - 1.27 Erfolgte eine Prüfung der Weimer Media Group hinsichtlich ihrer publizistischen Aktivität durch die Staatsregierung?
 - 1.28 Erfolgte eine Prüfung der Weimer Media Group und der mit ihnen verbundenen Unternehmen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Aktivität und ihrer wirtschaftlich Berechtigten durch die Staatsregierung?
 - 1.29 Welche sogenannten internen Compliance-Prüfungen fanden auf Seiten der Staatsregierung hinsichtlich der Weimer Media Group und insbesondere des Ludwig-Erhard-Gipfels statt?
 - 1.30 Aus welchen Gründen haben die Compliance-Systeme ggf. versagt?
 - 1.31 Bewertet die Staatsregierung ihre Compliance-Systeme aus heutiger Sicht als ausreichend?

2. Teilnahme von Mitgliedern des Landtages am Ludwig-Erhard-Gipfel
 - 2.1 Welche Mitglieder des Landtags nahmen am Ludwig-Erhard-Gipfel in den Jahren 2014 bis 2025 teil?
 - 2.2 Welche Treffen, insbesondere Kleingruppentreffen oder Einzeltreffen, fanden zwischen den Mitgliedern des Landtags und anderen Gästen des Ludwig-Erhard-Gipfels, insbesondere während der „Executive Night“, in den Jahren 2014 bis 2025 statt?
 - 2.3 Welche dieser Treffen wurden kostenpflichtig durch die Weimer Media Group angebahnt?
 - 2.4 Fand eine (Mit-)Finanzierung dieser Treffen durch Dritte statt?
 - 2.5 Wenn ja: Durch welche Dritte erfolgte diese Finanzierung?
 - 2.6 Wussten die Mitglieder des Landtags, dass für diese Treffen Entgelte an die Weimer Media Group gezahlt wurden?
 - 2.7 Welche Inhalte wurden bei den kostenpflichtigen Treffen besprochen?
 - 2.8 Fanden Vorschläge oder Anregungen der Gesprächspartner Eingang in Gesetzesentwürfe der Staatsregierung, oder beeinflussten sie das Abstimmungsverhalten im Landtag?
 - 2.9 Entwickelten sich aus diesen Treffen dauerhafte Kontakte zwischen den Teilnehmern der entgeltlichen Treffen?
 - 2.10 Erhielten Mitglieder des Landtages Honorare, z. B. Rednerhonorare, für die Teilnahme oder andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel?
 - 2.11 Übernahm die Weimer Media Group im Rahmen des Ludwig-Erhard-Gipfels oder bei der Vor- und Nachbereitung Kosten für Ausflüge, Essen, Fahrten, Flüge und Übernachtungen von Mitgliedern des Landtags?
 - 2.12 Erhielten Mitglieder des Landtags sonstige Zahlungen von der Weimer Media Group? Hierbei ist insbesondere zu klären, ob diese Zahlungen in einem Zusammenhang mit einer Teilnahme am Ludwig-Erhard-Gipfel stehen könnten.
 - 2.13 Wurden zwischen der Weimer Media Group und dem Landtag, seinen Mitgliedern oder seinen Fraktionen Dienstleistungsverträge oder andere Geschäftsbeziehungen seit Bestehen des Ludwig-Erhard-Gipfels geschlossen? Wenn ja, welche Inhalte und insbesondere Entgelte wurden für diese Verträge vereinbart? Wurden Teilnehmer des Ludwig-Erhard-Gipfels von Seiten des Landtags an der Entscheidung über das Zustandekommen der Verträge beteiligt?
 - 2.14 Welche Rolle spielte das Engagement von Christiane Goetz-Weimer für die Organisation des Ludwig-Erhard-Gipfels bei der Entscheidung über die Verleihung des Bayerischen Verfassungsordens?

3. Vorgänge im Zusammenhang mit ausführenden Behörden und staatlichen Unternehmen

Bisher sind folgende Fälle von Zusammenarbeit gegen Entgelt zwischen dem Freistaat oder staatseigenen Unternehmen und der Weimer Media Group bekannt: Die Bayern Innovativ GmbH hat sich am Ludwig-Erhard-Gipfel 2025 im Rahmen des satzungsgemäßen Zwecks der Gesellschaft mit 165.000 Euro beteiligt. Die Bayern Innovativ GmbH wird vom Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie institutionell gefördert. Die LfA Förderbank Bayern hat eine Kooperationsvereinbarung mit der Weimer Media Group geschlossen, um ihre Arbeit als Förderbank mit einem Schwerpunkt auf Start-up-Förderung einem breiten Publikum vorzustellen und hat 2025 hierfür 44.625 Euro aufgewendet. Das Staatsministerium für Digitales hat für die Kooperation mit der Weimer Media Group beim Ludwig-Erhard-Gipfel 2024 15.000 Euro und für 2025 30.000 Euro (jeweils netto) aufgewendet.

- 3.1 Kam es beim Abschluss der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Staatsministerium für Digitales und der Weimer Media Group zu einer möglicherweise unzureichenden Prüfung der Veranstaltung?
- 3.2 Wussten Personen im Staatsministerium für Digitales vom Verkauf der Treffen oder hätten sie dies wissen können?
- 3.3 Kam es im Zusammenhang mit der Kooperation der Weimer Media Group und der Bayern Innovativ GmbH beim Ludwig-Erhard-Gipfel zu einer Prüfung des Unternehmens, und wenn ja, wie ist das Ergebnis zu bewerten?
- 3.4 Wussten Entscheidungsträger der Bayern Innovativ GmbH vom Verkauf der Treffen oder hätten sie dies wissen können?
- 3.5 Kam es bei der Kooperationsvereinbarung der Weimer Media Group mit der LfA Förderbank Bayern zu einer Prüfung des Unternehmens und der Konzepte, und wenn ja, wie sind die Ergebnisse zu bewerten?
- 3.6 Wussten Entscheidungsträger der LfA Förderbank Bayern vom Verkauf der Treffen, oder hätten sie dies wissen können?
- 3.7 Bestanden neben den o.g. Fällen darüber hinaus in den Jahren 2014 bis 2025 entgeltliche Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit, eine Förderung oder Ähnliches?
- 3.8 Welche unentgeltlichen Leistungen oder sonstigen Hilfen konnte die Weimer Media Group vom Freistaat oder seinen staatseigenen Unternehmen in den Jahren 2014 bis 2025 in Anspruch nehmen?
- 3.9 Wurde hinsichtlich der Punkte 3.1, 3.3, 3.5 und 3.7 von den handelnden Stellen oder den Aufsichtsbehörden bei Vertragsabschluss und nach der Abwicklung der Leistungen das angemessene Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung geprüft?
- 3.10 Bestand bei den Leistungen hinsichtlich der Punkte 3.1, 3.3, 3.5 und 3.7 objektiv ein angemessenes Verhältnis von Leistung und Gegenleistung?
- 3.11 Welche Führungspersonen aus Unternehmen, an denen der Freistaat Anteile hält, nahmen am Ludwig-Erhard-Gipfel in den Jahren 2014 bis 2025 teil?
- 3.12 Erhielten Führungspersonen aus Unternehmen, an denen der Freistaat Anteile hält, Honorare, z. B. Rednerhonorare, für die Teilnahme oder andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel?
- 3.13 Übernahm die Weimer Media Group im Rahmen des Ludwig-Erhard-Gipfels oder bei der Vor- und Nachbereitung Kosten für Ausflüge, Essen, Fahrten, Flüge und Übernachtungen von Führungspersonen aus Unternehmen, an denen der Freistaat Anteile hält?
- 3.14 Welche internen Kontrollen fanden auf Seiten der landeseigenen Förderbank und der Bayern Innovativ GmbH im Zusammenhang mit der Weimer Media Group und insbesondere dem Ludwig-Erhard-Gipfel statt?
- 3.15 Aus welchen Gründen haben diese ggf. versagt?
- 3.16 Welche Fördervoraussetzungen gelten bei der LfA Förderbank Bayern?
- 3.17 Welche Fördervoraussetzungen gelten bei der Bayern Innovativ GmbH?
4. Verhalten der Weimer Media Group und ihrer Gesellschafter
 - 4.1 Wie wählte die Weimer Media Group die Gäste aus Politik und Wirtschaft für den Ludwig-Erhard-Gipfel aus?
 - 4.2 Welche Gäste bezahlten in den Jahren 2014 bis 2025 für die Teilnahme am Ludwig-Erhard-Gipfel?
 - 4.3 Welche Gäste wurden aufgrund anderer Geschäftsbeziehungen zur Weimer Media Group eingeladen?
 - 4.4 Welche Gäste wurden auf Wunsch von Mitgliedern der Staatsregierung oder des Landtags von der Weimer Media Group eingeladen?

- 4.5 Erweckten die Veranstalter bei den Käufern der Paketangebote den Eindruck, dies erfolge in Abstimmung mit den jeweiligen Politikern oder so, dass die Politiker an den Zahlungen beteiligt werden?
- 4.6 Wie verlief jeweils der genaue Ablauf des Verkaufs?
- 4.7 Durch welche Personen innerhalb der Weimer Media Group erfolgte der Verkauf der Treffen?
- 4.8 Seit wann gab es diese Praxis, und erfolgte der Verkauf der Treffen auf Anregung von Kulturstatsminister Dr. Wolfram Weimer?
- 4.9 Welche Paketangebote zum Kauf gab es in den jeweiligen Jahren?
- 4.10 Wie konnten die Paketangebote angeboten und umgesetzt werden, ohne dass Staatsminister und andere Politiker davon wussten?
- 4.11 Wie nahm Kulturstatsminister Dr. Wolfram Weimer direkt oder indirekt Einfluss auf das operative Geschäft der Weimer Media Group während seiner Zeit als Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien?
- 4.12 Wurde die entgeltliche Anbahnung von Treffen mit deutschen, insbesondere bayerischen Politikern auch im Ausland beworben und betrieben?
- 4.13 Besteht die Gefahr, dass die Paketangebote auch von ausländischen Nachrichtendiensten genutzt wurden?
- 4.14 Fand eine Überprüfung der Käufer der Paketangebote durch die Weimer Media Group statt?
- 4.15 Wurde gegenüber den Politikern oder den Käufern deutlich gemacht bzw. offengelegt, dass es sich bei den Angeboten um Lobbyismus und politische Werbung handeln könnte?
- 4.16 Wie hoch waren die Einnahmen aus den Paketangeboten in den jeweiligen Jahren, und für welche Treffen wurden die Einnahmen erzielt?
- 4.17 Wären der Ludwig-Erhard-Gipfel oder die Weimer Media Group ohne die Einnahmen aus dem Verkauf der entgeltlichen Treffen eine defizitäre Wirtschaftsaktivität bzw. ein defizitäres Unternehmen gewesen?
- 4.18 Erhielten politische Parteien im Freistaat Spenden von der Weimer Media Group? Hierbei ist zu klären, ob diese Zahlungen im Zusammenhang mit einer Teilnahme von Parteivertretern oder Mitgliedern der Staatsregierung am Ludwig-Erhard-Gipfel stehen könnten.
- 4.19 Unterhält die Weimer Media Group Geschäftsbeziehungen zu ausländischen Regierungen oder Unternehmen, insbesondere solche, die auf ein Abhängigkeitsverhältnis hindeuten?
- 4.20 Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass die journalistische und publizistische Tätigkeit der Weimer Media Group nur zum Schein betrieben wurde? Insbesondere ist hier zu klären, ob die journalistische und publizistische Tätigkeit lediglich der Bewerbung und Legitimierung des Ludwig-Erhard-Gipfels diene.
- 4.21 Besteht zwischen den Vorwürfen gegen die Weimer Media Group im November 2025 und der Korrektur ihrer Bilanz für das Jahr 2022 ein Zusammenhang?



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm
u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/9147

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung eines möglichen Fehlverhaltens von Mitgliedern der Staatsregierung und des Landtags im Zusammenhang mit dem von der Weimer Media Group ausgerichteten Ludwig-Erhard-Gipfel, insbesondere bezüglich der Teilnahme an durch die Weimer Media Group verkauften Treffen mit Spitzenpolitikern, eines möglichen Fehlverhaltens der Weimer Media Group im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel, sowie eines möglichen Fehlverhaltens von bayerischen Behörden und bayerischen Staatsunternehmen, insbesondere der finanziellen Förderung des Ludwig-Erhard-Gipfels und einer möglichen intransparenten Einflussnahme durch die von der Weimer Media Group verkauften Treffen auf Gesetzgebungsverfahren und Verwaltungsführung in Bayern sowie auf das Verhalten des Freistaates bei Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Felix Locke**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 29. Januar 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das ganze Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Enthaltungen? – Das sehe ich auch nicht. Damit werden diese Voten vom Landtag übernommen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. Februar 2026 (Vf.3-VII-26) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 21 Abs. 1 a der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist,
 2. des Art. 15 Abs. 1 a der Landkreisordnung (LKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 826, BayRS 2020-3-1-I), die zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist,
 3. des Art. 15 Abs. 1 a der Bezirksordnung (BezO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 GVBl. S. 850, BayRS 2020-4-2-I), die zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist
 PII-3001-2-45
 Drs. 19/10803 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
 Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Meinungsverschiedenheit
(Vf.2-VIII-26 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
 3. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
 4. Bayern SPD-Landtagsfraktion
 5. Bayerische Staatsregierung
- vom 18. Februar 2026 über die Frage, ob
1. Art. 21 Abs. 1 a der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist,
 2. Art. 15 Abs. 1 a der Landkreisordnung (LKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 637) geändert worden ist,
 3. Art. 15 Abs. 1 a der Bezirksordnung (BezO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 850, BayRS 2020-4-2-I), die zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist,
- die Bayerische Verfassung verletzen.

PII-3001-4-4-1
Drs. 19/10802 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU
Subsidiarität
 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über saubere Unternehmensfahrzeuge
 COM(2025) 994 final
 BR-Drs. 57/26
 Drs. 19/10398, 19/11074

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/631 in Bezug auf CO₂-Emissionsnormen für neue leichte Nutzfahrzeuge und die Fahrzeugkennzeichnung sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/94/EG;
 COM(2025) 995 final
 BR-Drs. 68/26
 Drs. 19/10791, 19/11075

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte
 Grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit –
 Überarbeitung der Eurojust-Verordnung (Folgenabschätzung)
 02.12.2025 - 24.02.2026
 Drs. 19/9800, 19/11038

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/11038 veröffentlichte
 Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische
 Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und
 den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
 Verordnung über Biozidprodukte – Bewertung
 11.12.2025 - 05.03.2026
 Drs. 19/10698, 19/11036

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/11036 veröffentlichte
 Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische
 Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und
 den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Medienkompetenz statt Verbote:
Kluge Lösungen für unsere Jugend im digitalen Zeitalter!
Drs. 19/8771, 19/10692 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Wirtschaftsschädliche CO₂-Bepreisung zurücknehmen:
Taten statt Populismus!
Drs. 19/8842, 19/10632 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vereinfachung und Praxistauglichkeit der KfW-Baudarlehen
Drs. 19/8901, 19/10696 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwaltung entbürokratisieren I:
Verwaltungsvereinfachung bei Transferleistungen
Drs. 19/8931, 19/10693 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwaltung entbürokratisieren II: Sozialverwaltung durch besseres Zusammenspiel der Akteure effizienter gestalten
Drs. 19/8932, 19/10694 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwaltung entbürokratisieren III: Bürokratie durch Registermodernisierung und Once-Only-Prinzip abbauen
Drs. 19/8933, 19/9831 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Programm „KlimaWildnis“ des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Drs. 19/8939, 19/10633 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bericht zum Modellversuch zur Förderung rechenschwacher Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen
Drs. 19/8973, 19/10716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Starke Teilhabe: Prüfungsgebühren für Gebärdensprachdolmetscher in Bayern abschaffen!
Drs. 19/8987, 19/10717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Recht auf Analog!
Drs. 19/9065, 19/10695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tragende Schafe und Ziegen dürfen nicht geschlachtet werden - Erweiterung des bestehenden Abgabeverbotes um diese Tierarten
Drs. 19/9071, 19/10634 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen Antiziganismus I: Planungssicherheit für die „Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Bayern“ (MIA Bayern)
Drs. 19/9074, 19/10729 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen Antiziganismus II: Vertretung des Landesverbandes der Sinti und Roma im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks und im Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien
Drs. 19/9075, 19/10730 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen Antiziganismus III:
Bekämpfung des Antiziganismus in Südosteuropa
Drs. 19/9076, 19/10731 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen Antiziganismus IV:
Antidiskriminierungsberatung des Landesverbandes der Sinti und Roma in Bayern sichern
Drs. 19/9077, 19/10732 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbindliche Herkunfts- und Haltungskennzeichnungen für tierische Produkte vor dem Hintergrund des geplanten EU-Mercosur-Handelsabkommens
Drs. 19/9078, 19/10635 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU Förderung der Medienkompetenz an Schulen – Handyverbot allein reicht nicht!
Drs. 19/9090, 19/10718 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU G9 auf der Zielgeraden – Bericht zur Umsetzung eines bildungspolitischen Meilensteins
Drs. 19/9091, 19/10719 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD) Verzögerte Auszahlung staatlicher Fördermittel – strukturelle Entlastung der Landkreise bei Zwischenfinanzierungen
Drs. 19/9094, 19/10683 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

26. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Angemessene Ausgestaltung von Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen sowie artenschutzrechtlichen Gutachten bei Bauvorhaben zum Schutz von „Leib und Leben“
Drs. 19/9095, 19/10636 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Solidarität mit Parkinson-Erkrankten:
Durch Fakten Versorgung verbessern
Drs. 19/9108, 19/10687 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Erwachsene gegen Hepatitis B impfen!
Drs. 19/9109, 19/10688 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU
Notwendige Reform der Asylverfahrensberatung vorantreiben!
Drs. 19/9123, 19/10677 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung eines möglichen Fehlverhaltens von Mitgliedern der Staatsregierung und des Landtags im Zusammenhang mit dem von der Weimer Media Group ausgerichteten Ludwig-Erhard-Gipfel, insbesondere bezüglich der Teilnahme an durch die Weimer Media Group verkauften Treffen mit Spitzenpolitikern, eines möglichen Fehlverhaltens der Weimer Media Group im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel, sowie eines möglichen Fehlverhaltens von bayerischen Behörden und bayerischen Staatsunternehmen, insbesondere der finanziellen Förderung des Ludwig-Erhard-Gipfels und einer möglichen intransparenten Einflussnahme durch die von der Weimer Media Group verkauften Treffen auf Gesetzgebungsverfahren und Verwaltungsführung in Bayern sowie auf das Verhalten des Freistaates bei Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat
Drs. 19/9147, 19/10678 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern I: Einführung erweiterter Schulleitungen an allen Schularten in Bayern
Drs. 19/9208, 19/10720 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern II: Netzwerkstrukturen für Austausch, Unterstützung und Professionalisierung in Bayern schaffen
Drs. 19/9209, 19/10721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern III:
Mehr Leitungszeit für Schulleitungen!
Drs. 19/9210, 19/10722 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern IV: Mehr Frauen in Führung.
Mentoring- und Entwicklungsprogramm für weibliche Schulleitungen
und Führungskräftenachwuchs in Bayern
Drs. 19/9211, 19/10723 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern V:
mehr Perspektiven, Qualifizierung und Unterstützung
für zukünftige Führungskräfte im Bildungssystem
Drs. 19/9212, 19/10724 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern VI: Jetzt Jobsharing und
Teilzeitmodelle für Schulleitungen aller Schularten ermöglichen!
Drs. 19/9213, 19/10725 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wo will die Staatsministerin für Unterricht und Kultus hin?
Transparenz schaffen für klare Zielvorstellungen auf allen Ebenen!
Drs. 19/9220, 19/10726 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Sicherheitsüberprüfung und Datenabgleich bei Einbürgerungen
vollständig digitalisieren und vereinheitlichen – Bundesratsinitiative
des Freistaates
Drs. 19/9234, 19/10679 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Belastungsgrenzen in der kommunalen Asylunterbringung rechtssicher verankern
Drs. 19/9235, 19/10680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Forensisch-psychiatrische Kapazitäten und Verfahren für psychisch auffällige oder gefährliche Ausländer im Freistaat ausbauen und koordinieren
Drs. 19/9244, 19/10689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Verwaltungsrevolution 4.0 für Bayern: Digital, schlank, bürgerfreundlich
Drs. 19/9257, 19/10691 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Invasive Arten in Bayern: Aktuelle Lage und Zukunftsstrategien
Drs. 19/9331, 19/10637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ja zu moderner Drogenpolitik, nein zu populistischen Blockaden!
Drs. 19/9372, 19/10690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!
Drs. 19/9411, 19/10681 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

45. Antrag der Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels, Maximilian Böttl, Daniel Artmann u.a. CSU
Finanzielle Bildung an allen Schulen stärken
Drs. 19/9483, 19/10727 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

46. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Josef Zellmeier, Michael Hofmann u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuerliche Förderung Wohnungsbau I:
Steuerliche Förderung von familiengerechtem Mietwohnungsbau
Drs. 19/9498, 19/10684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Josef Zellmeier, Michael Hofmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuerliche Förderung Wohnungsbau II:
„Nägel mit Köpfen“ beim Wohnungsbau – Rückkehr zur bewährten steuerlichen Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum!
Drs. 19/9499, 19/10685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Maximilian Böttl, Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuerliche Förderung Wohnungsbau III:
Baukasten als Bauturbo – steuerliche Erleichterungen für mehr Wohnungen
Drs. 19/9500, 19/10686 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

49. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Peter Wachler, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Trennungsgebot bei Abschiebungshaft abschaffen:
Erhöhung der Haftplatzkapazitäten und Bürokratieabbau
Drs. 19/9508, 19/10682 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen Antiziganismus V – Einrichtung der Stelle eines unabhängigen Beauftragten gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma
Drs. 19/9525, 19/10733 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

51. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Politische Chancengleichheit auch im digitalen Raum verwirklichen –
Die Verordnung (EU) 2024/900 über die Transparenz
und das Targeting politischer Werbung aufheben
Drs. 19/9663, 19/10734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Antiziganismus entschieden entgegentreten –
Sinti und Roma in Bayern stärken
Drs. 19/9815, 19/10735 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Dieter Arnold, Oskar Atzinger, Jörg Baumann, Franz Bergmüller, Rene Dierkes, Christin Gmelch, Daniel Halemba, Martin Huber, Andreas Jurca, Florian Köhler, Oskar Lipp, Stefan Löw, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Johann Müller, Benjamin Nolte, Elena Roon, Franz Schmid, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Ramona Storm, Markus Striedl, Matthias Vogler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/9147, 19/10678

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung eines möglichen Fehlverhaltens von Mitgliedern der Staatsregierung und des Landtags im Zusammenhang mit dem von der Weimer Media Group ausgerichteten Ludwig-Erhard-Gipfel, insbesondere bezüglich der Teilnahme an durch die Weimer Media Group verkauften Treffen mit Spitzenpolitikern, eines möglichen Fehlverhaltens der Weimer Media Group im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel, sowie eines möglichen Fehlverhaltens von bayerischen Behörden und bayerischen Staatsunternehmen, insbesondere der finanziellen Förderung des Ludwig-Erhard-Gipfels und einer möglichen intransparenten Einflussnahme durch die von der Weimer Media Group verkauften Treffen auf Gesetzgebungsverfahren und Verwaltungsführung in Bayern sowie auf das Verhalten des Freistaates bei Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Oskar Lipp

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Dr. Alexander Dietrich

Abg. Tim Pargent

Abg. Felix Locke

Abg. Katja Weitzel

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung eines möglichen Fehlverhaltens von Mitgliedern der Staatsregierung und des Landtags im Zusammenhang mit dem von der Weimer Media Group ausgerichteten Ludwig-Erhard-Gipfel, insbesondere bezüglich der Teilnahme an durch die Weimer Media Group verkauften Treffen mit Spitzenpolitikern, eines möglichen Fehlverhaltens der Weimer Media Group im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel, sowie eines möglichen Fehlverhaltens von bayerischen Behörden und bayerischen Staatsunternehmen, insbesondere der finanziellen Förderung des Ludwig-Erhard-Gipfels und einer möglichen intransparenten Einflussnahme durch die von der Weimer Media Group verkauften Treffen auf Gesetzgebungsverfahren und Verwaltungsführung in Bayern sowie auf das Verhalten des Freistaates bei Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat (Drs. 19/9147)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Oskar Lipp für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Das war jetzt ein sehr langer Titel. Zum Glück habe ich den Titel nicht vorlesen müssen, sonst hätte ich wahrscheinlich eine Minute Redezeit weniger gehabt.

Was fordern wir mit unserem Antrag? – Wir fordern die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Wir wollen hier keine Alibi-Prüfung hinter verschlossenen Türen,

sondern wollen öffentliche Aufklärung erreichen, und zwar über alle öffentlichen Gelder, die seit dem Jahr 2014 an die Weimer Group und an ihre Gipfel-Veranstaltung geflossen sind. Wir fordern Aufklärung über die Einbindung von Ministern, Staatssekretären und Behörden, über privilegierte Zugänge durch Sponsoring-Pakete, über mögliche Einflussnahme auf Gesetzgebung, Förderungen und Bundesratsverhalten, und wir fordern Aufklärung darüber, ob das Haushaltsrecht, das Vergaberecht oder strafrechtliche Vorschriften verletzt worden sind.

Warum hat die Staatsregierung erst nach unseren zahlreichen Anfragen seit Anfang 2024 und nach zahlreichen Medienberichten eine interne Complianceprüfung eingeleitet? Und warum hält die Staatsregierung diese Ergebnisse nach wie vor unter Verschluss? Welche Verantwortung tragen die zahlreichen Minister und Ministerpräsident Markus Söder?

Meine Damen und Herren, das sind alles berechnete Fragen; denn dieser Gipfel war kein harmloses Gesprächsforum und auch kein bayerisches Davos, wie Markus Söder es nannte. Vielmehr wurde der Gipfel zum privatwirtschaftlichen Kontaktgeschäft: 60.000 bis 80.000 Euro für exklusive Gespräche und direkten Zugang zu Spitzenpolitikern. In der Broschüre für den Gipfel wurde ausdrücklich dafür geworben, man könne – Zitat – "Einfluss auf politische Entscheidungsträger" nehmen. So lauteten die Medienberichte, meine Damen und Herren. Das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Wer zahlt, der kommt rein. Wer nicht zahlt, meine Damen und Herren, die normalen Bürger, unser Mittelstand, das Rückgrat unserer bayerischen Wirtschaft, und die Opposition bleiben draußen.

(Beifall bei der AfD)

Die Bayerische Staatsregierung hat hier nicht zugeschaut, sondern sie hat aktiv mitgemacht. Markus Söder war mit Eröffnungsreden Schirmherr. Ich glaube, heute gerade ist er jetzt nicht am Tegernsee, weil er ja gesagt hat, er verzichte auf die Schirmherrschaft.

Auch Fabian Mehring ist nicht da; vielleicht ist er jetzt gerade am Tegernsee.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ich glaube nicht, nein!)

Ich weiß nicht, ob er darauf verzichtet. Auf alle Fälle sind 100.000 Euro an Steuergeld geflossen, 455.000 Euro allein von Bayern Innovativ, 165.000 Euro vom Digitalministerium allein im Jahr 2025, das heißt: bis zu 700.000 Euro für ein privates Geschäftsmodell mit hohen Ticketpreisen. Gab es Gegenleistungen? – Das sind Fragen, die öffentlich geklärt werden müssen.

Söders plötzlicher Rückzug – die Schirmherrschaft ist ja ausgesetzt worden, wie ich es gerade gesagt habe, die Teilnahme wurde auch abgesagt, der Staatsempfang ist auch gestrichen –, meine Damen und Herren, all das ist doch ein klares Eingeständnis, dass hier etwas faul sein könnte.

Wenn aber alles, wie beteuert wird, sauber war, warum dann nur die geheime Complianceprüfung? Und warum wird diese nicht veröffentlicht? Das öffentliche Interesse wiegt hier schwerer als angebliche Betriebsgeheimnisse eines mit Steuergeld geförderten Unternehmens.

Die Anteile an der Weimer Media Group wurden durch Herrn Weimer erst nach öffentlichem Druck an einen Treuhänder übertragen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner wollte trotz aller Vorwürfe noch vor Kurzem Frau Goetz-Weimer mit dem Bayerischen Verfassungsorden ehren. Sie hat dann aber doch davon abgesehen.

Fabian Mehring hat ausgerechnet auf diesem Gipfel die Bayern-Allianz gegen Desinformation präsentiert. Meine Damen und Herren, wer Transparenz predigt, sollte zuerst vor der eigenen Haustür kehren.

Wie bereits erwähnt: Wir von der AfD haben diesen Skandal seit 2024 mit Dutzenden Anfragen aufgedeckt. Die SPD oder die GRÜNEN sind erst später auf diesen Zug aufgesprungen. Aufgrund unserer parlamentarischen Arbeit haben die "Süddeutsche

Zeitung", "Münchner Merkur", "NIUS", "Apollo News" und zahlreiche andere Medien diesbezüglich berichtet.

Meine Damen und Herren, seien wir doch einmal ehrlich: Die Bürger da draußen, der Steuerzahler bezahlt, eine Clique verkauft exklusiven Zugang zur Macht, und die Verantwortlichen mauern hinter Betriebsgeheimnissen. Das ist doch der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern lückenlose Aufklärung für unsere Steuerzahler, für die Integrität des Landtags und für das Vertrauen in den Staat und in unsere Demokratie. Legen Sie die Akten offen, veröffentlichen Sie die Prüfung. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Björn Jungbauer für die CSU-Fraktion vor. Bitte schön.

Björn Jungbauer (CSU): Herr Lipp, herzlichen Dank für Ihre flammenden Worte. Ich erspare es uns jetzt, Ihren Antragstext vorzutragen. Dann wäre die Minute um. Spaß beiseite.

Wir konnten lesen, dass es im Bundestag AfD-Kollegen gab, die im Kontext ihrer Abgeordnetentätigkeit YouTube-Videos monetarisiert haben, um damit Geld zu verdienen.

Die Frage dazu: Sie haben gerade gesagt, wer Transparenz predigt, sollte auch entsprechend aufklären. Deswegen frage ich Sie:

Erstens. Gibt es solche Fälle bei Ihnen in der Landtagsfraktion?

Zweitens. Wenn der Bürger bezahlt und ein Abgeordneter dann mit Steuergeld Tätigkeiten durchführt, die er dann monetarisiert: Was würden Sie tun, wenn es bei Ihnen in der Fraktion so wäre? Können Sie uns dazu bitte ein klares Statement geben?

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Kollege, erst einmal vielen Dank für Ihre Frage. Es waren, glaube ich, zwei Fragen.

In Bayern ist mir diesbezüglich nichts bekannt. Wenn es so wäre, dann würde ich natürlich für Offenheit und Transparenz stehen. Das sage ich ganz klipp und klar.

Sie haben jetzt aber leider keine Frage hinsichtlich des heute zu beratenden Antrags gestellt. Da muss ich dann vielleicht noch mit meinem Kollegen Nachredner diskutieren. Ich würde aber einmal sagen, man sollte nicht vom eigenen Thema ablenken. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Alexander Dietrich für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest: Die Staatsregierung hat hier umfassend für Transparenz gesorgt.

Wir haben uns im Verfassungsausschuss intensiv mit dem Antrag befasst. Es sind mehrere parlamentarische Anfragen gestellt worden, die alle umfassend beantwortet wurden. Ich stelle auch fest, dass es darüber hinaus eigentlich nichts mehr aufzuklären gibt.

Deshalb muss ich auch feststellen: Dieser Antrag der AfD auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist eigentlich wieder einmal typisch für das, was wir von der AfD erleben. Es geht hier eben gerade nicht um Aufklärung, es geht gerade nicht um die Sache, sondern es geht nur um politische Aufmerksamkeit.

Es stehen schwere Vorwürfe im Raum, die hier mehr oder weniger ins Blaue hinein zwischen den Zeilen dieses Antrags zu lesen sind: käufliche Einflussnahme, korrumpierte Gesetzgebung. Das steckt doch alles hinter dem, was Sie hier vorwerfen. Das ist doch typisch AfD: viel Skandal, viel Drama, aber letztlich keine Substanz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wenn man diese Vorwürfe nun mit den Fakten konfrontiert, bleibt doch von diesem Skandalgemälde, das Sie hier zeichnen wollen, nichts übrig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was aber bleibt, ist das Bild einer AfD, die lieber Theater spielt als Politik macht.

Lassen Sie mich die Fakten klar benennen: Die Bayerische Staatsregierung hat den Ludwig-Erhard-Gipfel zu keinem Zeitpunkt gefördert oder bezuschusst. Das ist keine Schutzbehauptung, das ist der belegte, nachprüfbare Sachstand.

Was hat tatsächlich stattgefunden? – Bayern Innovativ, die LfA Förderbank Bayern und das Digitalministerium haben – vergleichbar mit Messeauftritten oder anderen Fachveranstaltungen – Kooperationsverträge geschlossen. Da gab es konkrete Leistungen gegen Entgelt, ein eigenes Panel, Standpräsenz, Sichtbarkeit für die bayerische Wirtschafts- und Digitalpolitik. Das sind Dienstleistungsverträge. Das ist kein Sponsoring, das sind keine Fördermittel und auch keine Zuschüsse.

Ja, die Staatsregierung hat in den Jahren 2022 bis 2025 einen Staatsempfang ausgerichtet, weil der Ludwig-Ehrhard-Gipfel ein landesweit bedeutsamer Anlass ist. Das ist nicht verdächtig. Das ist verantwortliches und verantwortungsvolles Regierungshandeln.

Die Staatsregierung hat darüber hinaus – auch das wurde bereits angesprochen – zur Bewertung der medial thematisierten Vorwürfe eine umfassende Complianceprü-

fung in der Staatskanzlei durchgeführt. Ergebnis ist: Es liegt kein Fehlverhalten, kein Rechtsverstoß vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, ich sage Ihnen offen, was ich deshalb von diesem Antrag halte: Sie haben dieses Thema nicht verfolgt, weil Sie nach Fehlverhalten suchen. Sie haben es gefunden, weil es sich für Schlagzeilen eignet, weil man mit Begriffen wie "Elitegipfel", "verkaufte Zugänge" und "heimliche Einflussnahme" Bilder produzieren kann. Auch das ist bei Ihnen typisch

Dann kam Anfrage auf Anfrage, eine Schriftliche Anfrage 2024, die nächste dann 2025. Die Staatsregierung hat jedes Mal geantwortet – vollständig, transparent und nachprüfbar. Ergebnis? – Nichts, aber auch gar nichts, was man der Staatsregierung vorwerfen könnte. Es wurde vollständige Transparenz hergestellt.

Was machen Sie daraus? – Einen Untersuchungsausschuss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine parlamentarische Kontrolle, das ist parlamentarische Kulisse.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Untersuchungsausschuss ist kein Spielzeug. Er ist eines der schärfsten Kontrollinstrumente dieses Landtags, wenn nicht sogar das schärfste. Ein Untersuchungsausschuss bindet Ressourcen in der Verwaltung, in der Staatsregierung, im Parlament. Ein solches Instrument verdient Respekt, den es hier nicht bekommen hat.

Denn wenn man einen Untersuchungsausschuss beantragt, dann muss man sich schon die Mühe machen, ein bisschen mehr zu recherchieren: ob es einen begründeten Verdacht gibt, ob Fragen offen sind, die nur durch einen solchen Ausschuss geklärt werden können. – Das war Ihnen erkenntlich nicht der Mühe wert. Sie haben nichts Neues.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das Instrument eines Untersuchungsausschusses einsetzen will, ohne dass ein begründeter Verdacht vorliegt, der missbraucht es,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

der instrumentalisiert die parlamentarische Kontrolle für die eigene Öffentlichkeitsarbeit.

Wie bereits ausgeführt, haben wir uns im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration mit dem Antrag befasst und ihn in den demokratischen Fraktionen mit den Stimmen von CSU, FREIEN WÄHLERN, GRÜNEN und SPD übereinstimmend klar bewertet: Dieser Antrag ist unbegründet, er ist abzulehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ludwig-Erhard-Gipfel trägt den Namen eines Mannes, der wie kein anderer für Freiheit, Leistung und Verantwortung steht. Aber es ist beinahe symptomatisch: Die AfD schreibt seinen Namen in diesen Antrag und liefert genau das Gegenteil seiner Werte: keine Sachlichkeit, keine Substanz, keine Lösungen, sondern nur politischen Lärm.

(Beifall bei der CSU)

Wir lehnen diesen Antrag ab – nicht weil wir Kontrolle scheuen, sondern weil wir wissen, was parlamentarische Kontrolle bedeutet, und auch wissen, was sie nicht ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Oskar Lipp, AfD-Fraktion, vor. Bitte schön.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Kollege, wie bereits angekündigt, einige kurze Fragen: Erstens haben die Bilder nicht wir, sondern die Medien bzw. zuvor Sie gemacht – nicht Sie persönlich, sondern die Personen, die dort teilgenommen bzw. alles produziert haben.

Zum Thema Compliance: Warum macht man die Sache nicht öffentlich, wenn man nichts zu verbergen hat?

Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, der Freistaat Bayern habe nichts bezuschusst. Das hätte ich gerne konkretisiert. Nach meiner Kenntnis ist Bayern Innovativ eine 100-prozentige landeseigene Gesellschaft. Also handelt es sich durch das Dazwischenschalten einer GmbH oder Gesellschaft de facto um Geld des Freistaats.

Sie könnten selbst einen Untersuchungsausschuss beantragen; dann könnten Sie alle Anschuldigungen ausräumen, die laut Medien bestehen. Das könnten Sie jederzeit machen, ist aber anscheinend nicht gewünscht.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Minute ist um.

Oskar Lipp (AfD): Wie stehen Sie, was den Untersuchungsausschuss betrifft, zum Thema Verfassungsänderung in Rheinland-Pfalz? Haben Sie dies auch in Bayern vor?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Einen Untersuchungsausschuss würden wir nur einrichten, wenn wir Erkenntnisse erwarten, die wir bisher nicht haben. Nur dann ist der Aufwand dafür überhaupt gerechtfertigt. Das ist hier definitiv nicht der Fall.

Wenn man von Zuschüssen redet, meint man, dass Veranstaltungen direkt bezuschusst werden, jedoch nicht, dass sich staatliche Gesellschaften im Rahmen ihres Auftrags irgendwie beteiligen.

Die dritte Frage habe ich jetzt vergessen. Aber das macht nichts. Damit ist das ausreichend beantwortet.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Zitat.

"Ich sage es mal so: meine Empfehlung an junge Politiker. Man muss sich entscheiden. Blaulicht oder Konto. Das muss man sich entscheiden. Entweder will man Geld verdienen oder man will in der Politik bleiben. Zwei zusammen geht nicht."

Dieses Zitat ist von Markus Söder und stammt aus dem "Focus"-Podcast "Machtmenschen". Er hat es im Zusammenhang mit Wolfram Weimer und dem Ludwig-Erhard-Gipfel geäußert. In diesem Punkt hat er tatsächlich recht.

Um welche Vorwürfe geht es? – Erstens. Der heutige Kulturstatsminister Wolfram Weimer hat einen handfesten Interessenkonflikt; denn er verdient mit seiner Weimer Media Group unter anderem am Ludwig-Erhard-Gipfel am Tegernsee, bei dem wiederum viele Kabinetts- und Parteikollegen das Programm schmücken. Erst nach intensiven Diskussionen übergab er seine Anteile an einen Treuhänder. Eine echte Auflösung des Konflikts ist das nicht.

Zweitens. Aufgrund der Formulierung auf der Homepage des Ludwig-Erhard-Gipfels ist der Eindruck entstanden, dass man sich dort unter anderem auf dem steuerfinanzierten Staatsempfang den Zugang zur Politik erkaufen könne. Ob so teure Tickets wirklich nötig sind, um mit uns Politikern in Kontakt zu kommen, sei dahingestellt. Aber dass auch nur der Anschein entstanden ist, der Zugang zur Politik sei auf einem von einem Regierungsmitglied mit organisierten Gipfel gegen Geld möglich, ist für das Ansehen von Politik und für das Vertrauen der Bevölkerung verheerend.

Drittens. Der Gipfel und dessen privatwirtschaftliche Organisation wurden über Jahre auf unterschiedlichen Wegen mit etwa 700.000 Euro bayerischem Steuergeld massiv unterstützt. Das Wirtschafts- und das Digitalministerium wollten vorne dabei sein, was wiederum neue Interessenkonflikte hervorgerufen hat. Der ordoliberalen Ludwig Erhard

muss sich bei dieser Verquickung von Steuergeld und privaten Wirtschaftsinteressen der Weimer Media Group wohl im Grabe umdrehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesen Vorwürfen hat die Staatsregierung eine Complianceprüfung durchgeführt. Leider hat man von Anfang an den Eindruck, dass erst mal etwas Gras über die Sache wachsen soll. Die Staatsregierung hat diese Prüfung leider nie veröffentlicht. Es stellt sich ohnehin die Frage, was so eine Prüfung der Staatsregierung wert ist, wenn sich nur ein Teil der Staatsregierung dafür interessiert. Markus Söder kündigte daraufhin seine Teilnahme und finanzielle Zuwendungen auf, andere Kabinettskollegen folgten ihm. Hubert Aiwanger hingegen interessiert sich nicht dafür. Er lässt lieber den heutigen Plenartag sausen und hält fröhlich die Keynote. Die Distanzierung dieser Regierung ist damit absolut unglaubwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn der Ludwig-Erhard-Gipfel einen glaubwürdigen Neustart haben soll, braucht es aus unserer Sicht Folgendes: erstens eine vollständige Trennung von Kulturstaatsminister Weimer und der Weimer Media Group, zweitens darf unter keinen Umständen auch nur der Anschein entstehen, dass man sich den Zugang zur Politik erkaufen könne, und drittens, auch deshalb kein Steuergeld für den privatwirtschaftlich organisierten und gewinnorientierten Gipfel, um jegliche Interessenkonflikte der Staatsregierung wiederum aufzulösen.

Zu all diesen Fragen und Vorwürfen gibt es in Bayern eine Aufklärung in Form von Anfragen, die ganz ordentlich beantwortet wurden, öffentlicher Diskussion, von seriöser bzw. nicht seriöser Berichterstattung und vielem mehr.

Was es aber für die Aufklärung sicher nicht braucht, ist diese Effekthascherei von rechts außen und Ihren rechtsextremen Vorfeldorganisationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie schreien schon bei allem nach einem Untersuchungsausschuss, was bei drei nicht auf den Bäumen ist. Ihre pseudoaufklärerische Rhetorik steht in krassem Missverhältnis zu Ihrer Performance in den Untersuchungsausschüssen der letzten Legislatur. Ich selbst war Mitglied im umfangreichsten Untersuchungsausschuss, dem Untersuchungsausschuss zur Maskenaffäre. Man musste sich für Ihren Kollegen schon oft fremdschämen, bei dem man sich nur fragen konnte: Hat der Mann mal ein Dokument selbst gelesen, geschweige denn verstanden? Das war dann plötzlich eine ganz, ganz schwache Aufklärung vonseiten Ihrer Fraktion der AfD. Daher brauchen wir dafür Ihren Antrag, überhaupt die ganze AfD sicher nicht. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Felix Locke für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Pargent, ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie bei diesem Antrag sachlich bleiben. Ihr kleiner Rundumschlag auch gegen Minister Aiwanger und die restlichen Mitglieder der Staatsregierung passt nicht zu dem Bild, das wir hier zeigen wollen. Wir sollten in der Situation als Demokraten zusammenhalten und nicht über das Stöckchen der AfD springen. Schade, dass Sie da die Sachen miteinander vermischen.

Kollege Dietrich hat meiner Meinung nach eigentlich zur Sache bereits vollumfänglich berichtet. Ich finde es sehr spannend, dass ein Antrag für einen Untersuchungsausschuss so ein scharfes Schwert der Opposition ist. Das ist gutes Recht. Aber man sollte sich, wenn man so einen Antrag stellt, genug Zeit nehmen, darüber zu reden und einen Antrag zu verteidigen. Aber das ist im Verfassungsausschuss komischerweise nicht passiert. Dort wurde das Thema nur ganz kurz vorgetragen. Eine große Widerrede, auch bezüglich der Gegenrede der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU gab es eigentlich nicht. Der Antrag wurde dann so zur Kenntnis genommen. Das

wirft bei mir dann schon die Frage auf, ob es der AfD wirklich darum geht, den Untersuchungsausschuss ins Leben zu rufen, weil Sie in der Sache daran interessiert sind, dass Themen aufgeklärt werden, oder ob man nur wieder einmal schöne Schlagzeilen kreieren möchte, damit man sich als die vermeintlichen Hüter der Demokratie darstellen kann, die gegen das Establishment der Parteien, die hier staatstragende Verantwortung haben, schießen.

All die Fragen, die sich aus dem Antrag mit dem sehr langen Drucksachennamen ergeben und auch aus den weiteren Themen herauszulesen sind, sind meiner Meinung nach durch die Staatsregierung vollumfänglich in sehr großer Transparenz beantwortet worden. Für das Protokoll gebe ich zur Kenntnis, dass mit Drucksachen 19/2635, 19/6736, 19/7577, 19/9192 und 19/8609 viele dieser Anfragen, die auch in dieser Unterlage zur Abstimmung stehen, beantwortet werden können.

Ich denke, es hat sich niemand von der AfD die große Mühe gemacht, diese Unterlagen zu lesen, weil es Ihnen eben nicht um eine transparente Aufklärung geht, sondern nur einmal wieder um das Kreieren von Content für Ihre Verschwörungsblase, um gegen unsere Demokratie zu hetzen. Deswegen auch von meiner Fraktion eine klare Ablehnung dieses Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Oskar Lipp, AfD-Fraktion, vor. Bitte schön.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Kollege Herr Locke, Sie haben gesagt, wenn ich das richtig verstanden habe, dass im beratenden Ausschuss von der AfD kaum Wortmeldungen kamen. Das stimmt so nicht, wenn zumindest das Protokoll richtig ist, das man als Parlamentarier, auch wenn man dem Ausschuss nicht angehört, nachlesen kann. So habe ich gesehen, dass die AfD bei fünf Seiten Protokoll doch tatsächlich über zweieinhalb Seiten vorgetragen hat. Von der CSU kam kein einziges Wort, von Ihnen selbst, soweit Sie sich noch erinnern können, eine halbe Seite. Die Ausführungen von

SPD und GRÜNEN sind in etwa auch eine halbe Seite lang. Da frage ich mich schon: Verweigern Sie sich der Arbeit im Ausschuss?

Noch eine Frage. Der Ministerpräsident selbst ist heute nicht bei der Eröffnung des Ludwig-Erhard-Gipfels, aber der stellvertretende Ministerpräsident, der Ihrer Fraktion, den FREIEN WÄHLERN, angehört. Wie bewerten Sie das? Es kommt auch Kritik aus der Opposition. Wenn man sich den BR-Artikel durchliest: ohne Söder, aber mit Aiwanger.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Oskar Lipp (AfD): Wie bewerten Sie das, nachdem sich der Freistaat Bayern zurückgezogen hat?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ich denke, Sie vermitteln allein schon angesichts des vollumfänglichen Titels und der Fragestellungen nicht gerade einen Qualitätsanspruch, indem man vier Seiten Protokoll füllt, wenn man nur den Antragstext inklusive der Fragen liest. Das ist für mich keine parlamentarische Arbeit, die dann auch ein qualitativ hochwertiges Verteidigen eines Antrags mit sich bringt.

Zu Ihrer zweiten Frage. Der Wirtschaftsminister sollte da sein, wo Wirtschaftsvertreter sind. Unabhängig davon beurteile ich weder den Terminkalender noch die Themen bzw. Termine von Herrn Aiwanger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist Kollegin Katja Weitzel für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Ludwig-Erhard-Gipfel hat heute begonnen, aber diesmal eben ohne nen-

nenswerte Politprominenz. Die öffentliche Debatte um die Frage, ob man im Rahmen dieses Gipfels

(Zuruf)

– dazu komme ich gleich noch – gegen Geldzahlungen Zugang zu politischen Entscheidungsträgern bekommt, hat wohl doch abgeschreckt, zumindest die meisten, nicht alle. Ja, es drängen sich Fragen zum Verhalten der Staatsregierung auf. Ja, das Engagement Bayerns beim Ludwig-Erhard-Gipfel muss dringend aufgeklärt werden. Aber an dem Punkt, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, sind wir eben noch nicht.

Der Untersuchungsausschuss ist das schärfste Schwert, das wir im Parlament haben. Man handelt dort nach den Regeln der Strafprozessordnung. Es werden Akten beigezogen und Zeugen vernommen. Gerade erst hat der Verfassungsgerichtshof auf Antrag von SPD, GRÜNEN und FDP der Opposition recht gegeben und die Kontrollfunktion im Untersuchungsausschuss gestärkt; denn es ist das verfassungsmäßig garantierte Recht der Opposition, Akten beizuziehen. Es liegt nicht im Ermessen von CSU und FREIEN WÄHLERN, diese Anträge mit ihren Stimmenmehrheiten im Untersuchungsausschuss abzulehnen.

Gerade weil es aber so ein scharfes Schwert ist, zücken wir das nicht leichtfertig. Vorher sollten alle anderen parlamentarischen Möglichkeiten genutzt werden. Die SPD-Fraktion macht das. Wir haben Anfragen gestellt, mit deren Beantwortung wir mehr oder weniger zufrieden waren, aber entscheidend ist, dass wir einen Berichts Antrag eingereicht haben. Er wurde im Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von CSU und FREIEN WÄHLERN abgelehnt. Sie bekommen aber eine zweite Chance; denn wir werden diesen Berichts Antrag innerhalb der nächsten Wochen im Plenum diskutieren. Wir erwarten breite Zustimmung, wenn uns allen doch an der Transparenz gelegen ist, auch von den Regierungsfractionen.

Worum geht es? – Wir wollen die Complianceprüfung der Staatsregierung sehen. Sie haben über die Jahre hinweg Steuergelder investiert, Staatsempfänge ausgerichtet, und der Ministerpräsident hat die Schirmherrschaft übernommen. Jetzt plötzlich, aufgrund der Complianceprüfung, wurde das abgesetzt. Da stellt sich schon die Frage, warum der Steuerzahler den Gipfel überhaupt finanzieren musste, wenn es nach den Vorwürfen und nach einer Prüfung zu einer kompletten Kehrtwende kommt. Liebe CSU, liebe FREIE WÄHLER, wer sich von Steuerzahler:innen finanzieren lässt, kann sich hinterher beim Ruf nach Aufklärung nicht auf Geschäftsgeheimnisse berufen. So geht es nicht. Transparenz sieht definitiv anders aus. Legen Sie uns unverzüglich die Prüfung vor; so einfach ist das.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Noch eine kurze Bemerkung; jetzt komme ich genau zu unserem virtuosenswerten Wirtschaftsminister. Es ist schon erstaunlich, dass der Ministerpräsident nach der Complianceprüfung seine Teilnahme absagt, Hubert Aiwanger aber erst recht hingehht. Da stellen wir uns schon die Frage: Gibt es denn keine einheitliche Linie in der Staatsregierung? Ist das Ergebnis der Complianceprüfung nur für die CSU relevant? Oder ist der Ministerpräsident nach den Kommunalwahlen so geschwächt, dass es keine Kabinettsdisziplin mehr gibt?

Die SPD fordert volle Transparenz und volle Aufklärung, und zwar sofort. Legen Sie alle Unterlagen vor. Wir erwarten aber auch, dass bei künftigen Engagements dieser Art vorher eine Complianceprüfung stattfindet. Es darf niemals der Eindruck entstehen, dass Politik käuflich ist. In diesem Sinne lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. In letzter Sekunde kam noch die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Oskar Lipp, AfD-Fraktion. Bitte schön.

Katja Weitzel (SPD): Das ging jetzt aber schnell.

Oskar Lipp (AfD): Frau Kollegin Weitzel, eine Nachfrage. Sie haben gesagt, für den Untersuchungsausschuss sei es noch zu früh. Sie haben auch einen Berichtsantrag gestellt, der im Ausschuss mit den Stimmen der Regierungsfaktionen abgelehnt worden ist. Der wird demnächst hochgezogen. Das kann sich ein paar Wochen erstrecken, bis er hier wahrscheinlich noch vor der Sommerpause beraten wird.

Sie könnten dem heute zuvorkommen, indem Sie unserem Antrag zustimmen. Eventuell springt der eine oder andere Kollege von der Regierungsfraktion noch über seinen Schatten; dann könnten wir heute schon erreichen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Ich denke, das wäre gut – je früher, desto besser. Ich gehe aber davon aus, dass Sie es nicht machen werden. Deswegen meine Frage: Wann werden Sie denn gemeinsam mit den GRÜNEN einen Untersuchungsausschuss beantragen? Sie haben ja die notwendige Mehrheit hier im Landtag.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Katja Weitzel (SPD): Wenn es um die Schnelligkeit geht, haben wir mit dem Berichtsantrag die Chance, dass das deutlich schneller geht als die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Wie gesagt, wir werden unsere Instrumente, die wir haben, nutzen. So weit sind wir noch nicht. Wir werden abwarten, was bei der Diskussion im Plenum demnächst hier vonstattengeht.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen!

– CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? –
Liegen nicht vor. Somit ist der Antrag abgelehnt.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Danke für die konstruktive Beratung, einen schönen Abend.

(Schluss: 20:48 Uhr)